

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 07

Dezember 2004

Jahrgang 33

Brauchen „Wir“ ein Lagerfeuer?

Dr. Rogowski - ein klassenkämpferischer Ehrenbürger

Ein gutes Jahr ist ins Land gegangen. Eine Bücherverbrennung, der Wunsch des Dr. Rog. (siehe Kasten) hat nicht stattgefunden. Sein Buch, das er in Heidenheim wiederholt angepreisen hat, scheint ansonsten kein Renner zu sein. Die Aufzählung seiner gesellschaftspolitischen Vorstellungen müssen nicht unbedingt ins Bücherregal. Im Stadtarchiv ein Exemplar des Ehrenbürgers wäre ausreichend, um den Heidenheimern Nachgeborenen seine Angriffe auf ihre Existenz zu überliefern. Nein – ein Lagerfeuer zur Vernichtung seiner Adlerflieg-Philosophie brauchen wir auch nicht. Denn in seinen 20 Wirtschaftsthesen lassen sich weder eine ökonomische Wirtschaftsphilosophie noch grundsätzlich neues erkennen. Eine Aufzählung bekannter Angriffe auf die soziale Sicherheit der Arbeiter und Angestellten, seine Angriffe auf die Existenzgrundlagen lohngehaltsabhängiger Menschen, den Rentnern und Arbeitslosen. Es ist eher eine Bestätigung seines „Herr im Hause“-Denkens und seines politi-

schen Alleinvertretungsanspruchs. Die Zustimmung des SPD-Wirtschaftsministers Clement zu Rogowskis Grundgedanken –mehr Freiheit wagen- hat Clement bei seinem Laudatio in Berlin mit Willi Brandts Aussage: -Mehr Demokratie wagen- wechselt. Mit mehr Freiheit wagen ist nach Rogowskis Lesart nicht die Freiheit des Andersdenkenden gemeint, sondern unternehmerische Alleinbestimmung. Dass die Mitbestimmung des Produktionsfaktors Arbeit nicht Alleinbestimmung des Produktionsfaktors Kapital bedeutet, bringt den Big Boss des Kapitals in Rage. Wie sonst muss seine Aussage: „Die Mitbestimmung ist ein Fehler der Geschichte“ verstanden werden. Gewerkschafter, Arbeiter

und Angestellte sollen aus den heiligen Hallen der Aufsichtsräte verschwinden und die betriebliche Mitbestimmung der Betriebsräte soll bis zur Bedeutungslosigkeit zurechtgestutzt werden.

Seine Devise, unternehmerischer Eigennutz vor gesellschaftlichem Gemeinnutz, ist die politische Leitkultur, die in seiner Aussage: „Die primäre Verantwortung der Unternehmer liege nun einmal nicht in der Sozialfürsorge.“ und „Die Unternehmer sollen Arbeit schaffen, während die Beschäftigten die soziale Sicherung und das Gesundheitswesen selbst finanzieren“, kommt hiermit plastisch zum Ausdruck.

Eindrucksvoll hat Dr. Rogowski im September diesen Jahres, seine politi-

(Fortsetzung auf Seite 2)

„Lagerfeuer“

„Ich wünsche mir manchmal ein großes Lagerfeuer, um das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifverträge hineinzuwerfen. Danach könnte man einfach wieder von vorne anfangen.“

BDI-Präsident Michael Rogowski vor der amerikanischen Handelskammer Stuttgart

Zitiert in Stuttgarter Nachrichten vom 21. Oktober 2003

Die TURBINE-Redaktion wünscht allen VOITHianerinnen und VOITHianern einen erfolgreichen Jahreswechsel
2005

Im Film „Du sollst dich nie vor einem lebenden Menschen bücken“ sagte Willi Bleicher, ehem. IGM-Bezirksleiter und Häftling im KZ Buchenwald:

„Eines weiß ich, dass alles härter wird, viel härter und dass Zeiten kommen werden, wo sie uns nicht nur die Butter vom Brot nehmen wollen, sondern auch ein Stück des Brotes, das wir hatten. Vorausgesetzt diese Arbeitnehmerschaft verharrt in ihrem gegenwärtigen Zustand“.

(Fortsetzung von Seite 1)

sche Position bestimmt.

CHEMNITZ - Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski, sieht keinen Anlass, die Wahlerfolge neofaschistischer Parteien in Deutschland „überzubewerten“. Wie der BDI-Präsident in der heutigen Ausgabe der Chemnitzer „Freien Presse“ erklärt,

halte er hingegen die Wahlerfolge der Linken für eine viel größere Gefahr. Damit erklärt zum ersten Mal einer der einflussreichsten deutschen Wirtschaftsfunktionäre ein Wiedererstarken des Nationalsozialismus in Deutschland für nachrangig und den Kampf gegen die parlamentarische Linke zur Priorität. Er bringt damit eine politische Option ins Spiel, die die Auseinandersetzungen in der

Weimarer Republik prägte und die Voraussetzungen für deren Ende im Bündnis zwischen deutschen Konservativen und Nationalsozialisten schuf. Eine Positionsbestimmung, die Angesichts der Zunahme rechtsradikaler und neofaschistischer Gewalttaten Angst macht.

Rogowskis Thesen fallen historisch hinter die der Französische Revolution von 1789 zurück.



Kommunalpolitik

Große Koalition gegen DKP Anträge

Anträge wurden wie Giftpillen behandelt -weg damit-



Oberbürgermeister
Bernhard Ilg (CDU)

Ganz im Sinne von OB Ilg wurden die DKP Anträge wie in einer großen politischen Koalition abgesprochen und abgeschmettert.

Abgelehnt!

Ein kommunales Wohnungsbauprogramm

„Ein kommunaler Wohnungsbau geht besser auf die Mieterinteressen ein als eine börsenorientierte Baugesellschaft“ so DKP Stadtrat Püschel in seiner Begründung für den DKP Antrag. Der Gemeinderat folgte der Ablehnungsbegründung der Stadtverwaltung, die der GBH uneingeschränkte Fachkompetenz und fundamentale Kenntnisse in Sachen Wohnungsbau zugesprochen hat. DKP Stadtrat Püschel hielt dieser Argumentation dagegen: „Das mag vielleicht den Aktionären nützen, nicht den Mietern“. Die Erfahrungen, die der DKP Stadtrat und stellvertretende Vorsitzende des Heidenheimer Mietervereins Püschel bei vielen Gesprächen mit GBH-Mietern im ganzen Stadtgebiet, im Rahmen einer Unterschriftenaktion „Klein Zürich muss erhalten bleiben“, sammeln konnte, waren für die GBH neiderschmetternd. Neben der Kritik ständiger Mieterhöhungen, ohne sich um die Mietmängel zu kümmern, ist das GBH-Image auf einem absoluten Tiefstand. DKP Stadtrat Huber ergänzte: „ Das Regierungspräsidium gibt uns mit seiner Feststellung recht, dass die Stadt HDH durch die Aktientransaktion die Erfüllung der städt. Aufgaben im sozialen Wohnungsbau gewährleisten muss. Wir sagen, dass diese Aufgabenerfüllung mit Aufsichtsratsmandaten nicht zu gewährleisten ist“. Aufsichtsräte sind nicht für

die Mieter da, sondern für gute GBH Erträge und möglichst hohe Dividenden.

Abgelehnt!

Integration kurdischer MitbürgerInnen

Für die Verteilung von Mietzuschüssen an Begegnungsstätten ausländischer Vereine und die Aufteilung von Zuschüssen für die Vereinsarbeit war zuvor der Ausländerbeirat verantwortlich. Mit der Abschaffung des Ausländerbeirats hat sich für die finanzielle Unterstützung unsere ausländischen Gruppen eine neue Situation ergeben. Die Mietzuschüsse sind um 1.920,- € erhöht, die Zuschüsse aber für die Vereinsarbeit sind um 320,-€ gekürzt worden. Neu hinzugekommen ist ein Zuschuss von 640,- € an den Sportverein Türkspor e.V. Von denen im Einwohnermeldeamt als türkisch registrierten MitbürgerInnen stellen die Kurden, rund die Hälfte. Der Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein e.V. unterstützt eine Begegnungsstätte und einen Fußballverein Medspor e.V. Stadtverwaltung und Gemeinderat verwehren ihnen die Gleichbehandlung. Ihnen wird weiterhin eine finanzielle Unterstützung für ihre Integrationsarbeit verweigert.

Abgelehnt!

Heidenheimer Friedensbeitrag in New York

Über die Kirchturmspitze hinaus gegen Gewalt ein Zeichen setzen, das war das Anliegen der DKP Heidenheim. Zum 60. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und

Nagasaki im August 1945. Zumal die Stadt Heidenheim seit 1986 im weltweiten Bündnis -Bürgermeister für den Frieden (Mayors for Peace)- Mitglied ist, sollten 1.000,-€ für die Fahrtkosten für zwei Jugendliche zum weltweiten Friedensfest nach New York übernommen werden. Fehlgeschlagen ist dieser Antrag. Die damaligen Friedensaktivisten bei den Grünen und den Sozis im Gemeinderat haben mittlerweile Erinnerungslücken. DKP Stadtrat Püschel begründete: „Viele Bürgermeister aus der ganzen Welt werden sich in New York zum Weltfriedensfest der

Städte treffen, um am 1. Mai 2005 auf dem Rasen des Central Parks die 7. Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags bei den Vereinten Nationen zu begleiten“. Wir, so Püschel weiter, sollten diese Gelegenheit für den Frieden nutzen, um als Mitglied nicht in Erklärungsnot zu kommen.“

OB Ilg: „Mit dem kann ich leben“. Der Friedensantrag und somit 1.000,- € wurden abgelehnt

Abgelehnt!

Historische Inschrift

Zum 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus wird die von DKP Stadtrat Huber immer wieder beantragte Erinnerung in Form einer Stele an den Gräberfeldern auf dem Totenbergfriedhof der in Heidenheim zu Tode gekommenen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter realisiert. Zu der von der Friedhofskommission beschlossenen Inschrift „

(Fortsetzung auf Seite 3)



(Fortsetzung von Seite 2)

Stadt Heidenheim – Den Opfern der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ gab DKP Stadtrat Huber eine Stellungnahme ab: „Dass zum einen die Anbringung einer Erinnerung an den Faschismus in Form einer Stele am Gräberfeld der Zwangsarbeiter re-

**NIE WIEDER KRIEG!
NIE WIEDER
FASCHISMUS!**



alisiert wird, wird ausdrücklich begrüßt. Enttäuscht bin ich allerdings, dass Sie nicht bereit sind, das damalige historische und politische Stimmungsbild der Menschen hier in Heidenheim mit einer Gedenktafel und der Inschrift von damals: „In deutscher Naziknechtschaft zu Tode gequält“

auf die Gegenwart umzusetzen und anbringen wollen. Gerade heute, angesichts vermehrter neofaschistischer Gewalttaten, hätte dieser damalige Text heute einen großen Erinnerungswert. Für mich ist es beängstigend, dass Sie nicht die Kraft haben, die Wahrheit umzusetzen.



Gegen Gewalt u. Faschismus -DKP Heidenheim-

Das ist die Aufschrift auf den Schleifen eines Blumengebindes, das die DKP anlässlich des Jahrestages der Ermordung von drei Jugendlichen durch einen jungen Neonazi im Rahmen einer Mahnwache und Lichterdemo zur Diskothek K2 am Sonntag, den 19.12.2004 niederlegte. Wir, die DKP, wollen mit unserer Beteiligung an dieser Manifestation unser Mitgefühl mit den Hinterbliebenen und Freunden der Ermordeten zum Ausdruck bringen. Wir solidarisieren uns mit allen, die hinter den Morden auch einen ausländerfeindlichen und rechtsradikalen Hintergrund, so wie es das Gerichtsverfahren zeigte, erkennen. Rechtsradikale und faschistische Ideologien haben ihre Wurzeln im Sozialabbau, in der Obdachlosigkeit und in der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Keine Zukunftsperspektiven für die Jugend, Arbeitslosigkeit und mangelnde Ausbildungsplätze, zu wenig

Lehrer und Pädagogen im Bereich der Bildung zählen zu den Ursachen. Wer diese Ursachen bekämpft, der bekämpft auch den Faschismus.

Stadtwerke Heidenheim AG sind spitze!

Wir werden sehen. Die von der EnBW angekündigte Erhöhung der Strom- (3,5 Prozent) und Gaspreise (5,1 Prozent) zum 01. Januar 2005 wird für die Tarifkunden der Stadtwerke AG der Maßstab sein, wie es OB Ilg und seine Mannen im Aufsichts-

rat schaffen, die immer wieder die so hoch gelobte und vorausschauende Geschäftspolitik im Sinne der Tarifkunden umzusetzen. So wie der Gemeinderat beschlossen hat, den Vertreter der Stadt Heidenheim im Aufsichtsrat der Stadtwerke AG zu beauftragen, für eine Erhöhung des Grundkapitals zu stimmen, so muss der Gemeinderat den gleichen Vertreter beauftragen, gegen eine Preiserhöhung für die Tarifkunden, aber für eine Erhöhung der mit hohen Rabatten belegten Sondertarife zu stimmen.

Betriebs- u. Gewerkschaftsspiegel

Drohkulisse steht noch

PTC Grundstücksfrage noch immer nicht geklärt

„Sonst müssen wir der Gemeinde mitteilen, dass es nichts ist mit dem PTC“. So Dr. Kormann (HNP 11.11.04) am Rande der Herbstpressekonferenz. Von der mittlerweile gut laufenden Gießerei benötigt VOITH ein an das PTC angrenzende Grundstück. Bis zu Jahresende sollen die Verhandlungen zum Erwerb und über die zu hohen Konditionen des Gießerei-Insolvenzverwalters, abgeschlossen sein. Noch ist die Öffentlichkeit über die Rücknahme der Drohung nicht informiert. Diese von VOITH aufgebaute Drohkulisse muss nicht nur kommunalpoli-

tisch erschrecken, sondern macht auch den VOITHianern Angst vor einer erneut gegen sie gerichtete Unternehmensstrategie. Der Verkauf der VOITH-Gießerei an die Firma von Roll scheint sich als Bumerang zu mausern.

Das Insolvenzverfahren der Gießerei, an der VOITH noch 30 Prozent hält, ist noch nicht abgeschlossen. Die mittlerweile gut laufende Gießerei (HNP 11.11.04) muss demnach gute Auftragsbestände haben. Wäre es da nicht besser, VOITH würde mit einer Klappe zwei Fliegen schlagen. Sie kauft dem Insolvenzverwalter die restlichen 70 Prozent ab. So hätte sie die Gießerei wieder, das Grundstück dazu und die Gießereibesetzten wären wieder ganze VOITHianer.

Die Hoffnungen mit Hoffmann, Bezirksleiter der IG Metall Stuttgart, sind hoffnungslos!

Vehement wies Hofmann Angriffe des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall auf die in Pforzheim vereinbarte zweite Stufe der Lohnerhöhung von 2,7 Prozent ab März 2005 zurück. "Forderungen nach Rücknahme sind maßlos und deplatziert." Zwar werde sich die Gewerkschaft aufgrund der Revisionsklausel auf etwaige neue Gesprächswünsche der Arbeitgeber einlassen müssen. "Inhaltlich werden wir aber keinen Millimeter nachgeben, auch weil das fatale Folgen für die Inlandsnachfrage hätte." Hoffmann: Zum Pforzheimer Tarifvertrag.

Diese Erkenntnis des IG Metall Bezirksleiters kommt für die VOITHianer zu spät. Sie haben bereits mit Zustimmung von Hoffmann auf die Lohn/Gehaltserhöhung für 2005 verzichtet.

Investitionsprogramm gefordert

261 Ökonomen aus der ganzen EU haben das Euro-Memorandum 2004 vorgelegt. Darin lehnen sie die - von den Staatschefs unterzeichnete - Verfassung für die EU ab, die eine Politik des Sozialdumpings, der Arbeitslosigkeit und wachsenden Ungleichheit festschreibt. Während der Anteil der Löhne auf ein historisches Tief gesunken ist, explodieren die Gewinne. Mit dem Geld investieren die Unternehmer aber nicht, sondern stecken es in Finanzspekulationen. Die Wirtschaftswissenschaftler fordern ein 90 Milliarden Euro Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Erpresser Siemens

Wenn es um Profite geht, ist Siemens ganz oben dabei. In diesem Jahr wird der Konzern rund 3,4 Mrd Euro Gewinn einfahren. Siemens ist aber auch als Erpresser Spitze. Jetzt will der Konzern den 13.000 Beschäftigten, die nach dem Flächentarifvertrag der Metallindustrie entlohnt werden, das dreizehnte Monatsgehalt und das Urlaubsgeld streichen. Siemens will so weitere 25 Millionen Euro pro Jahr von den beschäftigten einsacken. Außerdem soll die Arbeitszeit von 35 auf 35,8 Stunden verlängert werden. Ohne Bezahlung! An zwei Standorten in NRW wurde zuvor schon die 40 Stunden-Woche eingeführt. Ebenfalls ohne Lohnausgleich.

Vermischtes / Internationales / Meldungen / Infos

Alarmzeichen

BERLIN - Die jüngst bekannt gewordenen systematischen Misshandlungen in der Bundeswehr stehen in Zusammenhang mit den zunehmenden Auslandseinsätzen der deutschen Armee. Dies bestätigen Militärexperten. Die Misshandlungen, die teilweise den Foltermethoden in Abu Ghraib ähneln, sind demnach das Ergebnis einer Neuorientierung in der Bundeswehr-Ausbildung, die seit 1990 von maßgeblichen Kräften in der Generalität zur Vorbereitung der Soldaten auf die zunehmende Kriegstätigkeit vorgenommen wurde. Dabei sei eine „rechtslastige Motivationsstruktur“ gezielt gefördert worden, „angesichts der deutschen Geschichte ein Alarmzeichen“. Während die Ausmaße der Misshandlungsfälle noch nicht abgeschätzt werden können, plädiert der deutsche Verteidigungsminister dafür, auch die Auslandseinsätze des Bundesgrenzschutzes (BGS) auszuweiten. Erst kürzlich hatte ein deutsches Gericht festgestellt, beim BGS seien „jahrelang Asylbewerber menschenunwürdig gequält und wie wildes Tier gefesselt“ worden. www.german-foreign-policy.com



Allgemeingut

BIELEFELD - Deutsche Neonazis führen in der Tschechischen Republik sowie in der Slowakei bewaffnete Kampfübungen durch und treten dabei als „Leibstandarte SS Adolf Hitler“ auf. Zur Ausrüstung der rund 80 Personen umfassenden Gruppe gehören Maschinengewehre und bombentaugliche Explosivstoffe, heißt es in Polizeiberichten vom vergangenen Freitag. Die Mitglieder der bewaffneten NS-Nachfolgeorganisation sind deutschlandweit tätig (Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern) und mit diversen nationalistischen Organisationen vernetzt. Der Anführer der NS-Gruppe ist den Strafverfolgungsbehörden bereits seit den 1990er Jahren bekannt. Damals arbeitete er für den Inlandsgeheimdienst der Bundesrepublik (Verfassungsschutz/VS). Für die jetzige Auslandstätigkeit des NS-Provokateurs ist der Bundesnachrichtendienst (BND) zuständig. Die Auslandsaktivitäten deutscher Rechtsextremisten werden von neonazistischen Terrorakten in der Bundesrepublik begleitet. In weiten Teilen der politischen Klasse nimmt die Bereitschaft zu, bislang als rechtsextrem geltende Positionen zu integrieren.

Übernahme

SIBIU/BUKAREST/BERLIN (Eigener Bericht) - Bei den gefälschten Wahlen in Rumänien hat sich ein Favorit des Berliner Innenministeriums nicht durchsetzen können. Wolfgang Wittstock, Kandidat der germanozentrischen Ethno-Bewegung „Deutsches Forum“ (DFDR), scheiterte mit seiner Bewerbung um einen Sitz im Bukarester Senat. Trotz der Wahlniederlage betreiben DFDR-Funktionäre die Gründung einer „Deutschen Partei“. Mit den Initiatoren traf der deutsche Innenminister Otto Schily kurz vor den Wahlen in Sibiu zusammen. Die Stadt ist Zentrum des rumänischen „Deutschtums“ und wird von einem deutschsprachigen Bürgermeister regiert, der zugleich DFDR-Landesvorsitzender ist. Die deutschsprachige Minderheit bietet sich bundesrepublikanischen Unternehmen für Aufsichtstätigkeiten an und hilft bei Milliardenengeschäften der deutschen Industrie.



Neonazis werben vor Schulen! Die NPD und andere rechtsextremistische Organisationen werben vor Schulen im ganzen Bundesgebiet um Anhänger. Was passiert in Heidenheim?